



Uwe Schummer
Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: (030) 227 – 73484
FAX: (030) 227 – 76992
E-Mail: uwe.schummer@bundestag.de
Homepage: www.uwe-schummer.de

7. September 2005

Uwe Schummer (MdB), Berufsbildungsexperte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion erklärt zum Ausbildungspakt:

Mehr Flexibilität bei Ausbildungsvergütungen

„In diesem Ausbildungsjahr droht bis Ende September eine Lücke von 40.000 Ausbildungsplätzen. 10.000 mehr als 2004. Die rechnerische Differenz zwischen unbesetzten Ausbildungsplätzen und nicht vermittelten Bewerbern ist mit 144.700 deutlich größer als vor einem Jahr mit 130.800.

Ausbildungshemmende Regelungen müssen abgebaut werden, so die Verpflichtung zur Übernahme von Auszubildenden. Bei der Höhe der Ausbildungsvergütung muss mehr Flexibilität gelten. Für zwei Drittel der nicht ausbildenden Betriebe sind die Kosten, die ein Lehrling verursacht, ursächlich für die mangelnde Bereitschaft zum Ausbilden. Ferner sollten Auszubildende bei Schwellenwerten im Arbeitsrecht nicht mitgezählt werden.

Die Bundesregierung gibt allein in diesem Jahr 1,45 Mrd. € für „Ich-AGs“ aus. Die „Ich-AGs“ zerstören Arbeits- und Ausbildungsplätze. Statt das Geld für ausbildungsfeindliche Maßnahmen zu verschwenden, sollten betriebliche Ausbildungsplätze verstärkt gefördert werden.

Die Bundesregierung setzt das neue Berufsbildungsrecht nur schleppend um. Die Überprüfung der Ausbildungsberufe, ob Zwischenabschlüsse möglich sind, ist nicht erfolgt. Bisher gibt es bei rund 360 Ausbildungsberufen lediglich 23 Stufenausbildungen als Einstieg für praktisch begabte Jugendliche. In der ersten Stufe zum Krankenpflegerhelfer, danach die zweite Stufe zum Krankenpfleger. Wer dies nicht will oder kann, dem soll die Möglichkeit eröffnet werden, über berufliche Praxis und Ausbildungsmodulen die zweite

PRESENMENTHEILUNG



Uwe Schummer
Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: (030) 227 – 73484
FAX: (030) 227 – 76992
E-Mail: uwe.schummer@bundestag.de
Homepage: www.uwe-schummer.de

Stufe nachzuholen. Das Alles-oder-Nichts-Prinzip darf es nicht mehr geben.

Den Vorschlag der nordrhein-westfälischen Landesregierung, den wöchentlichen Berufsschulunterricht für die Auszubildenden in dafür geeigneten Ausbildungsberufen auf einen Tag zu reduzieren, ist richtig. Nicht nur in der Grundschule, auch in der Berufsschule muss Ganztagsunterricht möglich sein. Dadurch kann der wöchentliche Berufsschulunterricht für die Auszubildenden auf einen Tag oder auf einen effektiveren Blockunterricht verringert werden.“

PRESSMITTEILUNG